

Diesellaftäre

Umweltverband im Visier

● Mit ihrem Prozess vor dem Bundesverwaltungsgericht für Dieselfahrverbote hat sich die Deutsche Umwelthilfe (DUH) den Groll der Autokonzerne zugezogen. Jetzt scheint auch die Große Koalition den alerten Ökoverband aus Radolfzell ins Visier zu nehmen. Ihre Haushaltspolitiker wollen wissen, wie viel Bundesgelder der Verein bekommt. Im Auftrag des Finanzministeriums haben Regierungsbeamte Bundesbehörden aufgefordert, etwaige Zuwendungen zu melden. In einer E-Mail (»EILT SEHR!«) bitten sie um Rückmeldung, ob über »Förderprogramme Zusagen/Bewilligungen erfolgt sind, und wenn ja, in welcher Höhe«. Die Informationen sollen innerhalb von 24 Stunden geliefert werden. Damit wolle sich die »Klausurtagung der AG Haushalt der Koalitionsfraktionen« auf die Verhandlungen zum Bundesetat 2019 vorbereiten. Die DUH befürchtet, dass ihr Zuwendungen gekürzt werden sollen. Man gelte zunehmend als störend, heißt es aus dem Umfeld des Vereins, der derzeit allein vom Bund 1,3 Millionen Euro unter anderem für Energiesparprojekte im Gebäudebereich erhält. Öffentliche Mittel tragen insgesamt zu 21 Prozent zur Finanzierung des Verbands bei. Ein anderer Teil der Gelder, mit denen die DUH kostspielige Klagen zu Diesellabgasen oder der Nitratbelastung von Wasser finanziert, stammt aus Abmahnungen, die sie gegen Firmen wegen des Verstoßes gegen Umweltgesetze erwirkt. GT

Polizei

Ciao Italia

● Die Bundespolizei sucht dringend Beamte, die von kommender Woche an in Italien Sicherheitsinterviews mit Migranten führen, die im Rahmen des »Humanitären Aufnahmeprogramms Relocation« von Deutschland aufgenommen werden sollen. Die Beamten sollen über gute Englischkenntnisse und Erfahrungen mit Identitätsfeststellungen verfügen, erwünscht sind zudem Auslandserfahrung und Kenntnisse in Befragungstechniken. Bei den Migranten handelt es sich um 50 der 450 vorvergangene Woche vor der Küste Siziliens durch die europäische Küstenwache Frontex geretteten Bootsinsassen. Italien ließ die Flüchtlinge nur unter der Bedingung an Land, dass andere EU-Staaten einen Großteil aufnehmen. AUL

Clan-Kriminalität

Efeuberankte Gangstervilla

● Zu den 77 in Berlin bei einer Polizeirazzia am vorvergangenen Freitag beschlagnahmten Objekten gehört auch eine bürgerliche Altbauvilla im beschaulichen Stadtteil Buckow. Die Razzia galt der arabischen Großfamilie R.; einige Mitglieder sollen Immobilien sowie eine Kleingartenkolonie mit Beutegeldern gekauft haben. In der mit Efeu berankten Villa in Buckow wohnt das Clanmitglied Issa R. mit seinen zehn Söhnen. Verkauft wurde die Villa 2012 von einer landeseigenen Wohnungsbaugesellschaft für rund 150 000 Euro an den damals 19-jährigen Jusuf R., einen Sohn von

Issa R. Der Eigentümer verbüßt momentan eine Freiheitsstrafe. Das Landgericht Berlin verurteilte ihn 2017 wegen schweren Bandendiebstahls zu drei Jahren Gefängnis. Ein weiterer Sohn, Ismail R., steht gerade wegen Mordverdachts vor Gericht. Er soll dabei gewesen sein, als ein Mann mit einem Baseballschläger totgeprügelt wurde. Sein Anwalt bezweifelt indes, dass es zu einer Verurteilung kommt. Inzwischen ermitteln die Fahnder gegen 16 Personen, von denen viele seit Jahren in Berlin, aber einige auch im Libanon leben. SPIEGEL TV sendet in Kürze eine Dokumentation zu den kriminellen Machenschaften arabischer Großfamilien in Berlin. CMH

Terrorismus

NRW gründet eigenes Terrorabwehrzentrum

● Als Reaktion auf das Anis-Amri-Attentat in Berlin ordnet Nordrhein-Westfalens Innenminister Herbert Reul (CDU) den Polizeilichen Staatsschutz des Landes neu. Das geht aus einem aktuellen Erlass seines Hauses hervor. So soll im Landeskriminalamt (LKA) zum 1. Januar 2019 eine Abteilung Terrorismusbekämpfung eingerichtet werden, in der sich Kriminalbeamte intensiv mit den derzeit etwa 20 gefährlichsten Islamisten des Landes befassen. Bislang wurden in Nordrhein-Westfalen die Fälle aller 272 islamistischen Gefährder dezentral in den Polizeibehörden ihrer Wohnorte bearbeitet.

Innerhalb der neuen LKA-Abteilung soll ein Terrorismusabwehrzentrum entstehen – analog zum Berliner Gemeinsamen Terrorismusabwehrzentrum, kurz GTAZ, in dem sich unter anderem Polizeibehörden, Bundesanwaltschaft und Geheimdienste austauschen. In das GTAZ NRW sollen Beamte von ihren örtlichen Dienststellen entsandt werden. Die hohe Gefährdungslage mache eine Neuorganisation des Staatsschutzes und die Konzentration der Kräfte notwendig, heißt es in dem Erlass. Nordrhein-Westfalen ist das erste Bundesland, das sein LKA entsprechend neu aufstellt. Zuvor hatte bereits das Bundeskriminalamt angekündigt, eine eigene Abteilung für islamistischen Terrorismus zu gründen. Die Zahl der Ermittlungsverfahren in dem Bereich hat sich in den vergangenen Jahren vervielfacht. FIS, JDL



Amri-Porträt bei seiner Familie im tunesischen Oueslatia

FETHI BELAD / AFP